

Rußland erneuert sein Ultimatum.

Die heute vorliegenden Berichte über die Haltung Nanking und Moskau in dem Streit in der Mandchurie sind ziemlich widersprechend. In Kreisen der ausländischen Diplomaten in Peking hat man bereits ziemlich umfangreiche Vorbereitungen für die Sicherheit der eigenen Staatsangehörigen getroffen. Eine große Zahl von Reisenden hat ihre Reisepläne nach Europa über die transsibirische Eisenbahn aufgegeben, da eine Unterbrechung des Bahnbetriebes befürchtet wird. Die Ussuri-Eisenbahn, die russische Umgehungsbahn, hat, nach Peking Meldungen, vorläufig ihren Betrieb eingestellt, während sie nach Tokioter Meldungen einen sehr starken Verkehr aufrechterhält. Die Zeitungsberichterstattung haben bereits ziemlich Schwierigkeiten, da die Behörden in Charkin die Anerkennung der von der Nanking Regierung ausgestellten Presseausweise ablehnen. In der Mandchurie ist eine Zensur eingerichtet worden. Ueber die gegenwärtige Stellung der russischen und chinesischen Truppen an der mandchurischen Grenze belegen die Peking Meldungen, daß entlang des Amur-Flusses immer weitere Verstärkungen eintreffen.

China hat inzwischen an Rußland eine Antwort auf die kürzliche Note erteilt. Der chinesische Geschäftsträger in Moskau hat dem Außenkommissariat der Sowjetunion eine Note des chinesischen Außenministers Dr. Wang zugestellt, in der dieser erklärt,

daß die Nankingregierung keinerlei Angriffsabsichten auf die Sowjetunion hege.

Die chinesische Regierung habe den Wunsch, gute Beziehungen zum russischen Volke zu unterhalten. China hoffe, daß die letzten Streitigkeiten durch guten Willen auf beiden Seiten geregelt werden könnten. Die Note kündigt an, daß der neue chinesische Gesandte für Moskau in aller nächster Zeit dorthin abreisen werde, um persönlich die Verhandlungen mit der Sowjetregierung zu leiten.

Zu den letzten Vorgängen in der Nordmandchurie erklärt die Note, daß sich die dortigen Sowjetbeamten gegen das russisch-chinesische Abkommen vom Jahre 1924 schwer verstoßen hätten. Kommunistische Arbeiter hätten unter dem Deckmantel der Sowjetdiplomatie versucht, eine kommunistische Republik in China zu errichten. Die Nanking Regierung sei daher gezwungen gewesen, gegen die kommunistische Wühlarbeit in China scharf vorzugehen, und auch eine Hausuchung im russischen Generalkonsulat in Charkin vorzunehmen. Die Nanking-Regierung könne die Einmischung einer fremden Macht in innerchinesische Angelegenheiten nicht dulden. Sie verlange ferner, daß die in der Sowjetunion verhafteten chinesischen Staatsangehörigen frei-

gelassen werden, und nach China zurückkehren können. Außerdem müßten die in Rußland wohnenden chinesischen Staatsangehörigen gleichberechtigt mit anderen Ausländern behandelt werden. China hoffe, daß die Sowjetregierung die friedlichen Gefühle des chinesischen Volkes nicht verletzen und eine Verständigung mit der chinesischen Republik suchen werde.

Die Sowjetregierung von der chinesischen Antwort nicht befriedigt.

Kowno, 17. Juli. Die „Iswestija“ erklärt, daß die Mitteilung des chinesischen Geschäftsträgers in Regierungskreisen der Sowjetunion nicht als eine Antwortnote auf die letzte russische Note betrachtet wird. Die Sowjetregierung erklärt, daß sie sofort eine befriedigende Antwort auf ihr Ultimatum vom 13. Juli verlange, und daß die Drohungen, die in der Note enthalten waren, weiter aufrecht erhalten bleiben. Die Sowjetregierung werde auf die Berichtspropaganda nicht hineinfallen, und verlange eine klare Antwort auf alle gestellten Fragen.

Am heutigen Mittwochmorgen fand unter Vorsitz von Rudzutal eine außerordentliche Sitzung des Rates der Volkskommissare statt, in der Außenkommissar Karachan über die politischen Beziehungen zu China einen Bericht erstattete. Auf dieser Sitzung wird entschieden, welche Maßnahmen gegen China ergriffen werden sollen, falls die Nanking-Regierung bis Mittwoch, 16. Uhr, das russische Ultimatum nicht genügend beantwortet hat. Die politische Lage wird weiter als gespannt betrachtet.

Tokio unbeforgt.

London, 17. Juli. Nach Tokioter Meldungen sieht man in japanischen Regierungskreisen keinen Anlaß zu Besorgnissen wegen des chinesisch-russischen Streites. Im Gegenteil weisen alle darauf hin, daß auch die Sowjetregierung bereit ist, in Verhandlungen einzutreten, um alle kriegerischen Maßnahmen zu vermeiden. Die Sympathien der Blätter sind auf der Seite Sowjetrußlands. Die Behandlung der sowjetrussischen Untertanen in der Mandchurie wird ziemlich einmütig von der Presse verurteilt.

Der Vertreter des japanischen Außenministeriums hat in einer Unterredung mit dem Korrespondenten der russischen Telegraphen-Agentur erklärt, daß die Gerüchte, wonach die japanische Regierung beabsichtige, den russisch-chinesischen Streit dem Völkerbund zu unterbreiten, glatt erkundet sei. Vorläufig sei der Streit lediglich eine chinesisch-russische Angelegenheit, und keine dritte Macht habe sich einzumischen.

Die Abfahrt der „Bremen“.

Glückliche Reise!

Bremerhaven, 16. Juli. Bei herrlichem Sonnenschein und tiefblauem Himmel hatten sich Tausende von Menschen aus Bremen, den Unterweserorten und aus dem Binnenlande an den Kais versammelt, um der Abfahrt des Schnelldampfers „Bremen“ beizuwohnen. Um 18 Uhr wurden die Anker gelichtet und bald darauf setzte sich das stolze Schiff unter den Hochrufen der Menge in Bewegung. Etwa zehn vollbesetzte Dampfer hatten sich währenddessen auf der Wesermündung eingefunden, um dem Schiff eine Strede das Geleit zu geben. Es war ein erhebender Anblick, als die „Bremen“ unter den Klängen des Deutschlandliedes den Rote-Sand-Leuchtturm passierte und nun dem offenen Meere zusteuerte.

Glückliche Fahrt dem deutschen Schiff, das deutsche Kunst, deutsche Technik und deutschen Ruf hinausgetragen soll in die Welt.

Ein erhebender Augenblick.

Bremerhaven, 16. Juli. Im Laufe des Nachmittags begann ein lebhafter Zustrom von Schaulustigen, eine wahre Wallerwanderung, nach der Umgebung der Kais, die zunächst noch für die Zuschauer gesperrt blieben. Drei Flugzeuge umkreisten die „Bremen“, die immer noch von Kanonen beladen wurde. Wenige Minuten nach 17 Uhr wurde der Kai freigegeben. Das Publikum stürzte herbei, um sich einen möglichst guten Platz in aller nächster Nähe des Schiffes zu sichern. Im Nu war der Kai schwarz von Menschen. Unter ungeheurem Jubel drängten immer neue Massen heran. Die Polizei hatte alle Mühe, die Begeisterten zurückzuhalten, von denen alle herumstehenden leeren Eisenbahnwagen bestürmt und die Dächer als Ausguckplätze in Besitz genommen wurden. Die Schlepper lagen bereits längs des Kai, aus dessen Schornsteinen schon schwacher Rauch emporstieg. Dann mußten die Angehörigen der Reisenden das Schiff verlassen. Die Passagiere drängten sich an den Reeling sämtlicher Decks, einige standen sogar auf den Geländern, um das Winken und die immer lauter werdenden Jubelrufe und Grüße der Menschenmassen auf dem Kai zu erwidern. Auch mehrere Autos wurden noch in die „Bremen“ verladen, die bekanntlich dafür besondere Garagenräume besitzt. Die Abfahrt verzögerte sich etwas, weil die Güterzüge noch nicht ganz entladen waren. Um 17.30 Uhr wurde der letzte Laufsteg eingezogen und die schweren Türen wurden geschlossen. Die Sirenen der „Bremen“ ertönten, die Matrosen und das Schiffspersonal winkten und riefen aus den Bullaugen der Masse der Schaulustigen zu, die auch alle Dächer der umliegenden Häuser besetzt hatte. Unzählige kleine Schiffe warteten auf die Abfahrt ihres großen Bruders, um ihn noch ein Stück zu begleiten.

Die ersten Töne wurden losgemacht. Gegen 17.45 Uhr war das Hinterschiff frei und wenige Minuten vor 18 Uhr, nachdem auch die Vorderbrosseln gelöst waren,

setzte sich die „Bremen“, von den Schleppern gezogen, majestätisch in Bewegung.

Das Winken und Rufen von Schiff zu Land, von Land

zu Schiff schwoll orkanartig an, Mütter und Väter nahmen ihre Kinder auf die Schulter, damit sie das einzigartige Schauspiel beobachten konnten. Bald lag die „Bremen“ in der Mitte der Weser und das Schiff lief mit eigener Kraft unter dem Tuten der Dampfpeisen und den immer mehr anschwellenden Hurraufen der Menge fuhr die „Bremen“ langsam stromabwärts. Man konnte genau beobachten, wie die großen Schiffschrauben das Wasser aufwirbelten, so daß es dunkel und trübe wurde. Zahllose kleine Dampfer, Segeljachten, sogar Ruderboote, die sich wie winzige Spielzeuge neben dem Riesenschiff ausnahmen, bildeten die Gefolgschaft der „Bremen“, die fortwährend Warnungssignale ertönen ließ, um die kleinen Fahrzeuge aufmerksam zu machen. Flugzeuge umkreisten andauernd das Schiff und gaben ihm das Geleit. Nachdem das Schiff am Horizont im Nebel verschwunden war, kehrten die Schlepper und verschiedene kleine Fahrzeuge zurück, die die „Bremen“ ein Stück begleitet hatten, schließlich aber den Wettlauf mit dem großen Gefährten aufgeben mußten.

Die „Bremen“ spricht zur deutschen Rundfunkhörschaft.

Hamburg, 16. Juli. Die Uebertragungsversuche der Norag über den Telephoniesender des Lloyd-Dampfers „Bremen“ sind am Dienstag abend restlos gelungen. Fast alle deutschen Rundfunksender waren angeschloffen. Die Worte des Sprechers waren an allen Empfangsgeräten sehr gut verständlich. Die Rundfunksendung der „Bremen“ von hoher See ist in Nordsee und Zehndorf aufgenommen und sämtlichen Sendern zugeleitet worden. Die Uebertragungen werden jeden Abend gegen 22 Uhr bis zur Ankunft des Dampfers nach seiner Jungferntreise in New York fortgesetzt.

Die sogenannte „Versöhnungskommission“.

Eine Erklärung des Reichstanzlers.

Berlin, 16. Juli. Zu den Behauptungen, die noch immer einem Teil der französischen Presse unter Berufung auf die Genfer Verhandlungen vom September vorigen Jahres über den Plan der Einsetzung einer besonderen Kommission für die demilitarisierte Rheinlandzone aufgestellt werden, erklärt der Reichstanzler als damaliger Führer der deutschen Abordnung, daß er nur die schon verschiedentlich von amtlicher Seite abgegebenen Erklärungen über dieses Thema wiederholen könne. Insbesondere stimme er in allen Punkten den Ausführungen zu, die noch vor wenigen Tagen der Reichsminister des Auswärtigen gegenüber einem Vertreter der Frankfurter Zeitung gemacht habe. Bei den Verhandlungen im September habe er in keinem Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, daß für Deutschland eine über das Jahr 1935 hinaus tätige Kommission der in Rede stehenden Art keinesfalls in Frage kommen könne. Keine deutsche Regierung würde sich finden, die in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus Zugeständnisse machen würde. Aus der Haltung der deutschen Abordnung in der Septembertagung erkläre sich auch die Tatsache, daß über die

Dauer der Kommission wie der bei Abschluß der Genfer Verhandlungen veröffentlichte Bericht zeige, keine Einigung erzielt werden können.

Aussprache in der französischen Kammer.

Paris, 16. Juli. In der französischen Kammer begründete Leon Blum den sozialistischen Antrag, der u. a. befragt: „Die Kammer beschließt, vor Fortsetzung der Aussprache der Regierung ihren Willen zu bekunden, die Liquidierung der Kriegsprobleme an eine Politik der tatsächlichen Befriedung zu binden, deren erste Bestimmung die Aufhebung der militärischen Besetzung des Rheinlandes alsbald nach Annahme des Youngplanes sein muß, ferner an eine energische und rasche Anstrengung in der Richtung des Schiedsgerichtsverfahrens und der allgemeinen Abrüstung sowie an eine Organisation Europas, die ermöglicht, die Revision der Abkommen mit Amerika vorzubereiten.“ Nach einer kurzen Sitzungspause begründete Franklin Bouillon seinen Vertagungsantrag: Die Kammer solle die Ratifizierung aller Abkommen bis zu dem Tage aufschieben, an dem Deutschland und alle alliierten und assoziierten Mächte sich ausgesprochen hätten.

Hierauf ergriff Außenminister Briand das Wort. Eindringlich machte er die Kammer auf die Gefahr des Franklin Bouillon'schen Antrages aufmerksam. Man kann seine Gefühle und sein Bedauern auf der Kammertribüne zum Ausdruck bringen und finden, daß es für Frankreich, das so viel gelitten hat, grausam ist, sich unter ungerechten Lasten zusammenbrechen zu sehen. Trotzdem muß ich das Friedenswerk fortsetzen und hervorheben, das Kriege heute kein gutes Geschäft mehr sind. (Lebhafte Beifall aus zahlreichen Bänken.) Frankreich steht sich einem strengen Gläubiger gegenüber. Wenn gegen Ende des Monats das Schuldenabkommen nicht ratifiziert ist, werden zehn Milliarden bezahlt werden müssen, und England wird seinerseits ebenfalls Zahlungen verlangen. Auf jeden Fall würden, wenn der Antrag Franklin Bouillon's angenommen würde, andere Männer als die gegenwärtige Regierung ihn durchzuführen haben. (Lebhafte wiederholter Beifall aus zahlreichen Bänken.)

Zur Rheinlandfrage erklärte Blum: Die Sicherheit ist nicht die militärische Besetzung, sondern Locarno. (Beifall links.) Ich frage nicht nach dem Tage der Räumung, sondern nur, ob sie unmittelbar der Annahme des Youngplanes durch die Mächte folgen wird. Ich habe leider Gründe, daran zu zweifeln. Ohne Rheinlandräumung gibt es aber keine wirkliche Befriedung und keine endgültige Liquidierung des Krieges.

In seiner Antwort an Blum wies Außenminister Briand darauf hin, die französische Regierung habe seit dem Kriege nichts außer Acht gelassen, was zum Frieden beitragen könnte. Für die Abrüstung habe Frankreich die allergrößten Anstrengungen gemacht. Die französische Regierung wird sich auf der kommenden Konferenz auf die Bestimmungen des Friedensvertrages stützen, sie will erreichen, daß der Youngplan von allen Regierungen unverändert angenommen wird, doch behält sich die französische Regierung im einzelnen die Handlungsfreiheit vor. Abschließend trat Briand für seine Idee der Vereinigten Staaten von Europa ein und sagte u. a.: Wir werden räumen, aber wir wollen nicht vergessen, daß wir der Sache des Friedens einen schlechten Dienst erweisen würden, wenn Deutschland einige Zeit nach der Räumung den Youngplan zerreißen sollte. Dagegen müssen Garantien geschaffen werden. Diese Garantien werden sich aber nicht allein auf die am Youngplan direkt beteiligten Mächte beschränken dürfen, sondern sie werden sich auf ganz Europa beschränken müssen. Darum ist der engere Zusammenschluß aller europäischen Staaten nötig.

65 Stimmen Mehrheit für die Regierung.

Paris, 16. Juli. Die Nachmittagsitzung der Kammer, in der die Aussprache über die Ratifizierung der Schuldenverträge mit England und Amerika abgeschlossen wurde, begann sehr stürmisch. Es kam zu lebhaften Kundgebungen für und gegen Poincaré. Die Mitte mit starker Unterstützung der Rechten rief Poincaré Beifall zu, während die Sozialisten, die Radikalsozialisten, und einzelne Abgeordnete der Rechten sich feindlich gegen den Ministerpräsidenten stellten.

Die Sitzung eröffnete der Abgeordnete Dubois, der einstige Vorsitzende der Reparationskommission, mit einem Antrag, wonach die Abkommen mit Amerika und England weder auf die außerordentlichen Leistungen Frankreichs während des Weltkrieges Rücksicht nähmen, noch auf die besonderen Dienste, die Frankreich während 15 Monaten den Vereinigten Staaten erwiesen habe. Aus diesen Gründen müsse die Kammer beschließen, die Erörterung auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen. — Poincaré erwiderte, daß Dubois alle Bemühungen der letzten zehn Jahre mit einem Federstrich erledigen wolle. Wenn man nach Dubois' Vorschlag handeln würde, so würde Amerika antworten: „Bezahlt mir die 400 Millionen Dollar am 1. August!“ Marin, Keibel, Hage und der Sozialist Auriolet traten ebenfalls für den Antrag Dubois' ein.

Die Abstimmung war von Poincaré mit der Vertretung der Regierung verknüpft. Der Antrag Dubois' wurde mit 239 gegen 304 Stimmen abgelehnt. Die Regierung erhielt somit eine Mehrheit von rund 65 Stimmen.

Eröffnung der 7. Luftfahrtausstellung in London.

London, 16. Juli. Durch den Prinzen von Wales wurde am Dienstagvormittag die siebente internationale Luftfahrtausstellung in der Londoner Olympia eröffnet, auf der 36 Flugzeugbauer aus England, Deutschland, Amerika, Frankreich und Italien Proben ihrer